

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Markus Walbrunn

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Michael Koller

Abg. Nicole Bäuml

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Antrag der Abgeordneten Ramona Storm, Oskar Atzinger, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)**

**Gewalt an Schulen entschieden entgegentreten! (Drs. 19/3327)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Markus Walbrunn für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Markus Walbrunn (AfD):** Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Während wir gerade in Bayern noch alle im Bann der schrecklichen Bluttat von Aschaffenburg stehen, schlägt in Niedersachsen bereits die nächste Gewalttat an einem Kind hohe Wellen, diesmal an einer Oberschule. Dort wurde laut Medienberichten ein 14-jähriges Mädchen von einer Gruppe Mitschülerinnen mit Migrationshintergrund krankenhaushausreif geschlagen. Es ist von Hirnblutungen und Lungenschäden die Rede. Das ist ein besonders krasser Fall, aber leider kein Einzelfall. Solche Fälle werden immer häufiger, auch bei uns. Allein im Jahr 2023 ereigneten sich in Bayern über 2.600 Gewaltdelikte an Schulen.

Das ist eine zunehmende Eskalation, die wir seit Beginn der Massenmigration beobachten. Im Vergleich zu 2014 sprechen wir über eine Verdoppelung der Fallzahlen. Der Konnex zur Massenmigration ist derart offenkundig, dass selbst der stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbands, Herr Wolfram Janke, ihn nicht verleugnet. Selbst er gibt die soziologische und kulturelle Herkunft der Schüler als relevanten Faktor für die steigende Gewalt an unseren Schulen an. Das liegt aber nicht nur an der illegalen Zuwanderung. Insbesondere seit Ihren unseligen Corona-Maßnahmen hat sich diese Entwicklung nämlich noch einmal intensiviert. Im Vergleich zum Jahr 2019 gab es 60 % mehr Fälle. Hier bekommen Sie mit nackten Zahlen die psy-

chischen Schäden präsentiert, die Ihre Politik der staatlich gelenkten Hysterie und der Lockdowns bei unseren Kindern hinterlassen hat.

(Beifall bei der AfD)

Die Zunahme von Gewalttaten richtet sich im Übrigen keineswegs nur gegen Schüler; mehr als jede dritte Schule in Bayern weiß mittlerweile von gewaltsamen Übergriffen gegen das Lehrpersonal zu berichten, zwei Drittel von Drohungen, wüsten Beleidigungen und Belästigungen. Da wundern sich manche, warum immer weniger junge Menschen in der Schule einen attraktiven Arbeitsplatz sehen. – So viel zur Problembeschreibung.

Dieser fatalen Entwicklung wollen wir mit dem vorliegenden Antrag ein wenig entgegensteuern. Wir fordern erstens einen jährlich vorzulegenden landesweiten Sicherheitsbericht zur Lage an Bayerns Schulen. Zweitens fordern wir die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Problemschulen sowie drittens zusätzliches pädagogisches und nicht pädagogisches Fachpersonal, damit Lehrkräfte sich wieder ihrer Kernaufgabe, der Vermittlung von Kompetenzen und Wissen, widmen können.

(Beifall bei der AfD)

Im Ausschuss wurde seitens der CSU befürchtet, der jährliche Sicherheitsbericht würde Schulleitungen mit zusätzlicher Bürokratie überfrachten. Das ist nicht der Fall. Das wissen Sie auch. Sie selbst haben darauf verwiesen, dass die Daten bei Polizei und Behörden vorhanden wären. Wenn die Daten ohnehin schon da sind, sollte nichts dagegensprechen, liebe Kollegen, sie für die Öffentlichkeit und politische Entscheidungsträger einmal im Jahr transparent aufzubereiten. Es geht immerhin nicht nur um den viel geäußerten Wunsch zahlreicher Lehrer, mehr Aufmerksamkeit für das Problem zu schaffen, sondern auch darum, fundierte Entscheidungen über den Einsatz der begrenzten staatlichen und kommunalen Ressourcen zu ermöglichen.

Sprechen wir einmal genau über diese Ressourcen. Zusätzliche materielle sowie personelle Mittel sind laut einer jüngst veröffentlichten Forsa-Umfrage zentrale Forderungen bayerischer Lehrer zur Gewaltprävention. Ich fand es vor diesem Hintergrund wirklich bedenklich, dass man im Ausschuss seitens der CSU die Verantwortung hierfür auf die Kommunen als Sachaufwandsträger allein abwälzen wollte. Lapidar hieß es, dass Psychologen und Programme ausreichend vorhanden wären und der Freistaat ohnehin keine weiteren Mittel zur Verfügung stellen könne.

Meine Damen und Herren, dazu sage ich zwei Dinge: Erstens. Wenn die vorhandenen Mittel reichen, warum wird es dann immer schlimmer?

Zweitens. Bevor wir anfangen, an der Sicherheit unserer Kinder zu sparen und uns mit brutalem Mobbing sowie körperlichen und sexuellen Misshandlungen an unseren Schulen abfinden, fallen uns hoffentlich noch ein paar andere Stellen ein, wo wir den Rotstift zücken könnten. Wenn Sie doch Anregungen brauchen – keine falsche Scheu –, kommen Sie vorbei, die AfD liefert Ihnen gerne ein paar Fitnessstipps für einen schlanken und vitalen Freistaat, der seine Bürger und insbesondere auch seine Kinder zu schützen weiß.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist der Kollege Wolfgang Fackler für die CSU-Fraktion.

**Wolfgang Fackler (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gewalt gegen Lehrer und Lehrkräfte ist selbstverständlich ein ernstes und schwieriges Thema. Aber wir brauchen sicherlich nicht mehr Bürokratie, mehr Dokumentationsvorschriften, mehr Register oder mehr Monitoring-Verfahren. Ja, wir wollen, dass unsere Lehrkräfte mehr Unterricht geben statt Statistiken zu führen; denn all das, was Sie von der AfD hier vorbringen, bringt kein Mehr an Sicherheit.

Sicherlich brauchen wir auch keine Anträge der AfD, die suggerieren, Sie könnten damit irgendetwas bewirken. Ich sage an der Stelle auch: Bayern ist bereits fit für die Zukunft. Wir brauchen keine Fitnesstipps von Ihnen. Wir sind immer und überall bestens aufgestellt. Vor allem brauchen wir keine Anträge, die wieder auf Ihr Lieblingsthema abzielen; wir haben es vorhin wieder gehört. Sie fangen jetzt gleich wieder mit der Massenmigration usw. usf. an. Wir wissen, dass Sie von einer homogenen Gesellschaft träumen. Aber es geht im Land mehr um Fakten als um Fantasien, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Florian Köhler (AfD): Haben Sie die letzte Stunde geschlafen? Sie haben wohl die Debatte nicht mitgekriegt!)

– Nein, Sie haben wohl geschlafen. Sie haben wahrscheinlich heute Vormittag Schlafmittel genommen, als Sie hier hereingekommen sind; also davon gehe ich einmal aus.

– Aber wie dem auch sei, es gibt das Phänomen, dass das Motto mancher Eltern und Schüler "und bist du nicht willig, so brauche ich Gewalt" irgendwo schon gilt. Aber wir stellen leider auch fest: Es ist egal, ob es Migranten oder Deutsche sind, ob sie jung oder alt sind. Es ist leider zunehmend ein Thema. Deswegen treten wir der Gewalt an Schulen bereits heute entschieden entgegen. Gewalt darf kein Tabuthema sein, und sie darf natürlich auch kein Alltagsthema sein.

Deswegen brauchen wir auch eine Null-Toleranz-Regel bei Gewalt gegen Lehrer und an den Schulen. Das gilt selbstverständlich auch bei Gewalt gegen Polizeibedienstete, gegen Justizvollzugsbeamte, gegen Rettungskräfte und gegen Feuerwehrleute. Gewalt ist ein Phänomen in unserer Gesellschaft. Wir erleben es leider auch im Sportverein. Der Ton wird rauer, die Ellbogen werden weiter ausgefahren, und die Schulen sind ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Deshalb brauchen wir differenzierte und breite Angebote – die haben wir.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus misst dem Gewaltschutz einen hohen Stellenwert bei. Es gibt zahlreiche Maßnahmen zur Prävention, Intervention und Dees-

kalation. Im Unterricht spielt Gewaltprävention eine große Rolle. Wir fördern proaktives und prosoziales Verhalten auf allen Ebenen: auf Schülerebene, Klassenebene und Schulebene. Lehrer sollen durch Handreichungen, Kooperationen und Ansprechpartner in ihrer täglichen pädagogischen Arbeit gestärkt werden. Natürlich brauchen wir auch Schulpsychologen; wir haben da auch einige und müssen da auch weitermachen. Es gibt Regionalbeauftragte, Koordinatoren und qualifizierte Lehrkräfte. Wir haben Präventionsprogramme wie "Mit Mut gegen Mobbing"; da ist also wahnsinnig viel im Umlauf. Das Thema wird sehr ernst genommen.

Zu Ihrer ominösen Statistik: Das Finanzministerium macht bereits eine regelmäßige Aufstellung. Schulleiter melden bereits heute strafrechtlich relevante Vorkommnisse an die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden. An wen auch sonst? Das Landeskriminalamt führt eine Statistik; das habe ich Ihnen im Ausschuss auch gesagt. Da haben Sie wahrscheinlich nicht zugehört.

(Markus Walbrunn (AfD): Hören Sie einmal zu!)

Da haben Sie wahrscheinlich auch Schlafmittel genommen. Lehrkräften muss durch das Kultusministerium, durch Elternverbände und durch örtliche Politiker der Rücken gestärkt werden. Es braucht Notfallpläne an Schulen, und es braucht selbstverständlich auch ein Gewaltschutzkonzept für den ganzen öffentlichen Dienst. Deshalb sagen wir: Wir brauchen eine Null-Toleranz-Regelung.

Ich sage an der Stelle auch: Wir brauchen mehr Hardball statt Softball; denn diese Regeln verstehen die harten Jungs besser. Also, keine Toleranz gegenüber Intoleranten! Wir brauchen eine harte und entschlossene Anwendung der bestehenden Regelungen. Disziplinarische Maßnahmen müssen ausgeschöpft werden, und die Lehrkräfte müssen sich vor allem auch trauen, das Ganze umzusetzen, statt das Phänomen immer wieder auf neue und weitere Sozialarbeiter zu verlagern.

Haben wir also den Mut zur Intoleranz gegenüber denjenigen, die nicht wissen, was Respekt und Toleranz bedeuten. Haben wir vor allem auch den Mut bei Gewalt gegen

Bedienstete im öffentlichen Dienst! Die Toleranz gegenüber den Intoleranten muss auch enden; denn in der Stunde der Herausforderung ist es mir auch wichtig, dass der Staat stark ist und nicht soft oder einfühlbar, sondern effektiv.

Gewalt geht uns alle an. Deshalb sage ich auch: Man darf nicht schweigen, sondern muss den Betroffenen mutig den Rücken stärken und darf diese auch nicht im Stich lassen. Man muss Hilfe holen, unfaire Behandlung beenden und darüber sprechen und unterstützen. – Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Fackler. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor, und zwar vom Herrn Abgeordneten Walbrunn von der AfD-Fraktion.

**Markus Walbrunn (AfD):** Ganz ohne Polemik habe ich zwei Fragen. Ich habe im Übrigen nicht behauptet, dass Sie nichts machen und dass Sie keine Programme hätten; da müssen Sie einfach einmal zuhören. Mich würde einfach interessieren: Wie kommen Sie darauf, jetzt schon fit zu sein, wenn es eben tatsächlich – ich habe Ihnen die offiziellen Zahlen genannt – eine Verschlechterung der Lage gibt? Wie kommen Sie darauf, dass Bayern eben schon fit ist und dem schon ausreichend begegnet? Muss da nicht mehr geschehen?

Zweite Frage: Wenn das ganze Thema nichts mit der Zuwanderung zu tun hat und das ein Hirngespinnst ist, wie erklären Sie sich dann eigentlich die Verdoppelung der Zahl der Gewaltdelikte seit 2014? Was ist Ihr Erklärungsansatz?

(Beifall bei der AfD)

**Wolfgang Fackler (CSU):** Da haben Sie dann wiederum mir nicht zugehört. Ich habe eigentlich versucht, das auch zu erläutern. Es ist ein Phänomen, auf das wir auf breiter Ebene in unserer Gesellschaft treffen.

(Lachen bei der AfD)

– Da brauchen Sie nicht zu lachen. Sie tragen doch selbst dazu bei, dass es immer gewalttätiger im Land wird. Sie tragen dazu bei, dass die Stimmung im Land immer vergifteter wird.

(Markus Walbrunn (AfD): Um Gottes willen! Sie sitzen ja voll im Schlafwagen!  
Gehen Sie zurück ins Bett!)

Sie tragen dazu bei, weil Staatsverachtung Ihr Programm ist; das sorgt doch dafür. Deswegen hat doch niemand mehr Respekt vor dem Staat und vor den Bediensteten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie sind die Brunnenvergifter und Brandstifter und wollen mit Ihrem Antrag da irgend-  
etwas löschen. Hören Sie auf!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Markus Walbrunn (AfD):  
Schlaftablette! – Zuruf von der AfD: Reden Sie einmal mit den Lehrern! – Unruhe  
bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Fackler. –  
Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gabriele Triebel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.  
Frau Kollegin Triebel, Sie haben das Wort.

**Gabriele Triebel (GRÜNE):** Verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen!  
Kollege Fackler hat es schon gesagt: Der Ton wird rauer. Er wird in der Gesellschaft  
rauer, und zwar allgemein, aber nicht nur unter Erwachsenen, sondern auch unter Kin-  
dern und Jugendlichen. Diese Entwicklung macht natürlich nicht vor den Schulen halt.  
Nach den neuesten Untersuchungen nehmen Konflikte und auch Gewalttaten in unse-  
ren Schulen zu. Es geht um Gewalt unter Schüler:innen. Es geht um Gewalt an Leh-  
rer:innen. Es geht aber auch um Gewalt, die von Eltern gegen Lehrer ausgeht.

Der uns jetzt noch vorliegende Antrag der AfD, der sich genau mit dieser Thematik beschäftigt, zeichnet folgende Situation an den Schulen: Die Lehrkraft steht vorne, doziert und vermittelt ihr Wissen. Alles, was sie daran stören könnte, muss verhindert werden. Wenn es zu Störungen kommt, dann muss der Täter – das Kind oder die Jugendliche – identifiziert und bestraft werden.

Kolleginnen und Kollegen, die Schule muss auf jeden Fall auf jede Art von Gewalt reagieren. Aber Schule ist kein Law-and-Order-Ort, wo Disziplin das oberste Gebot ist und wo Kinder und Jugendliche jenseits von Straftaten kriminalisiert werden.

Das oberste Gebot in einem demokratischen Bildungssystem muss sein, dass Kinder und Jugendliche durch wirksame pädagogische Mittel Handlungsoptionen jenseits von psychischer Gewalt lernen. Das heißt: Schule muss Kindern und Jugendlichen mehr Kompetenzen in Sachen Problemlösung geben, Problemlösung nicht nur in Bezug auf reine Wissensvermittlung, sondern es muss in der Schule mehr Raum für soziales Lernen geben. Dazu müssen wir sowohl Schülerinnen und Schülern als auch Lehrkräften und Eltern mehr Unterstützung geben.

Schülerinnen brauchen in der Schule mehr Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, und zwar jenseits vom reinen Lernen. Das heißt, sie brauchen in der Schule mehr Mitspracherecht, sei es durch Klassenräte oder Schulparlamente; dort können sie reden und Probleme mit Worten und nicht mit physischer Gewalt austragen.

Lehrkräfte brauchen mehr Zeit für Beziehungsarbeit. Sie brauchen Zeit, ihre Schüler:innen in ihrer gesamten Persönlichkeit kennenzulernen. Lehrkräfte brauchen mehr Zeit für Elternarbeit, um die Eltern näher an das Schulleben heranzuführen und dadurch auch Übergriffen durch Eltern vorzubeugen. Lehrkräfte brauchen Unterstützung von Schulpsychologinnen und Schulsozialarbeit. Leider gibt es die noch nicht an jeder Schule. Wir GRÜNE fordern das seit Jahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schule ist ein pädagogischer Ort, an dem Grenzüberschreitungen geahndet, aber gleichzeitig Angebote geschaffen werden müssen, um in der Zukunft Übergriffe zu verhindern. Bei dieser Prävention müssen wir deutlich besser werden.

Die wachsende Alltagsgewalt ist, wie es Kollege Fackler beschrieben hat, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es ist weder wirksam noch zielführend, in der Schule darauf mit Rezepten aus dem vorletzten Jahrhundert zu reagieren. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Triebel. – Nächster Redner ist Herr Kollege Michael Koller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Michael Koller (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Als ehemaliger Lehrer an einer Brennpunktschule im Münchner Norden kenne ich natürlich die Herausforderungen an einer Schule. Ich kenne die gewaltbezogenen Herausforderungen an der Schule in den unterschiedlichsten Facetten.

Ich möchte der Kultusministerin Anna Stolz ganz besonders danken, dass sie dieses Thema so aktiv anpackt und es nicht wegschiebt und so tut, als gäbe es diese Dinge nicht. Deshalb gibt es einen großen Katalog an Maßnahmen, mit dem wir diesem Problem wirklich entgegenzutreten.

Ich denke aber, dass wir dieses Problem mit den in diesem Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen nicht bewältigen können. Einige Forderungen, zum Beispiel dieser landesweite Sicherheitsbericht, sind weder notwendig noch zielführend.

Erstens. Wir haben heute eine ganz klare Statistik des Landeskriminalamts, in der detailliert aufgeführt wird, was an unseren Schulen im Bereich "Gewalt" passiert und wie wir dem entgegenzutreten können. Die geforderte Maßnahme würde lediglich Mehrarbeit

an unseren Schulen produzieren und weitere Bürokratie aufbauen. Zudem bestünde die Gefahr, dass wir eine Kultur des Denunziantentums einführen würden; in Bayern sagt man: eine Verklaghaferkultur.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Der eine soll den anderen hinhängen. Ich weiß nicht, wie hierdurch die Stimmung an unseren Schulen, wie hierdurch das Schulklima verbessert werden sollte.

Zweitens. Die Forderung nach zusätzlichen Mitteln zur Steigerung der Sicherheit an unseren Schulen übersieht ganz deutlich, dass der Freistaat Bayern hier nicht alleine zuständig ist. Der Sachaufwandsträger sind die Kommunen. Man muss hier Hand in Hand und im Miteinander arbeiten. Mein Kollege Fackler hat das schon im Ausschuss und auch vorhin noch einmal ganz deutlich angesprochen.

Drittens. Die Forderung nach mehr Fachpersonal ist ebenfalls nicht neu. Im Doppelhaushalt 2024 und 2025 sind dementsprechende Mittel eingestellt. Im Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN ist dieses Thema ganz klar benannt und besprochen; dort sind eine Vielzahl von Maßnahmen aufgeführt: mehr Schulpsychologen, mehr Sozialpädagogen und natürlich viele verschiedene Präventionsmaßnahmen. Es gibt ganz wunderbare Projekte wie "zammgrauft", Streitschlichter und so weiter, die wir an den Schulen etabliert haben. Sie haben sich bewährt und können natürlich an verschiedenen Stellen auch weitergeführt werden

Ich denke, die Vorschläge sind realitätsfern und gehen eigentlich an den Bedürfnissen unserer Schulen vorbei. Dieser Antrag setzt auf Aktionismus. Wir aber setzen auf nachhaltige Lösungen und werden das Kultusministerium und die Ministerin unterstützen, diese an den Schulen auszurollen, die Schulen zu unterstützen und zu stärken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Als Lehrer habe ich selbst erlebt, wie wichtig ein gutes Schulklima ist. Natürlich müssen Präventionsmaßnahmen eingeleitet sein.

Bei Gewalt an den Schulen gibt es keine einfachen Lösungen. Die Gesellschaft ist komplexer, der Ton rauer geworden. Ich denke, das hat auch an den Schulen Einzug gehalten.

Ich glaube, es ist sehr veraltet, wenn Ihr Antrag unsere Pädagoginnen und Pädagogen auf reine Wissensvermittler reduziert. Als Lehrer ist man immer Vorbild und soll sich immer für die Wertevermittlung engagieren. Ich muss ganz ehrlich sagen: Mir war es immer wichtig, meine Schüler nicht einfach brav zu erziehen, sondern wir sollten die Schüler zu selbstbewussten, starken, ja eigenständigen Persönlichkeiten entwickeln, die mit Konflikten umgehen können, wissen, wie man sich benimmt, und einen klaren Wertekompass haben.

Ich glaube, das Gleiche gilt auch für Personen des öffentlichen Interesses, wie wir Abgeordnete welche sind. Hoffentlich haben meine Schüler heute Nachmittag diese Debatte nicht im Fernsehen angeschaut. Ich glaube, wir haben uns hier im Umgang miteinander nicht wirklich mit Ruhm bekleckert. Auch verbale Gewalt ist Gewalt.

Ich frage mich manchmal schon – und besonders, wenn ich auf die rechte Seite schaue –, wie wir eigentlich miteinander umgehen. Soll das wirklich ein Vorbild für unsere Jugend sein?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Johann Müller (AfD): Wir werden beleidigt!)

Als Abgeordnete haben wir die Aufgabe, echte Lösungen einzubringen und umzusetzen. Bayern steht mit seinen vielfältigen Programmen zur Gewaltprävention bereits sehr gut da. Wir werden weiterhin daran arbeiten. Ich habe Maßnahmen genannt. Ich danke noch einmal dafür, dass wir das in den Ausschüssen wirklich gut miteinander angehen können, dass die Mittel im Haushalt eingestellt sind, dass wir diese multiprofessionellen Teams an den Schulen etablieren wollen. Ich glaube, somit kommen wir zu einem guten Schulklima, zu einem guten Miteinander und können unserer Jugend eine gute Zukunft bieten, die wir natürlich gemeinsam anpacken müssen.

Oberste Priorität hat eine gewaltfreie Schule, ein gutes Aufwachsen. Ich danke allen, die das unterstützen und die Arbeit an unseren Schulen leisten. – Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Koller. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Nicole Bäumlner für die SPD-Fraktion.

**Nicole Bäumlner (SPD):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine ganz zentrale Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass in unseren Schulen für unsere Schülerinnen und Schüler ein gutes Lernklima, eine gute Lernumgebung sowie für unsere Lehrkräfte ein gutes Arbeitsumfeld und ein gutes Arbeitsklima herrschen. Dafür braucht es sachliche, fundierte Bildungspolitik. Genau deswegen lehnen wir diesen Antrag ab, denn er ist schlichtweg fachlich schlecht gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Zahlen des Landeskriminalamts haben bereits die Kollegen Fackler und Koller gesprochen. Darauf brauche ich nicht näher einzugehen.

Ich möchte aber auf einen Teil des Antrags eingehen, der sich mit den Kernaufgaben der Lehrkräfte beschäftigt. Laut Antrag seien das die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen. – Wenn wir aber einmal in das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen blicken, sehen wir, dass die Schule – und damit eben auch die Lehrkräfte – zum Glück viel, viel weitreichendere Aufgaben haben. Es geht nämlich nicht nur um Wissen und Kompetenzen. Es geht – ich zitiere hier aus Artikel 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen – eben auch darum, Geist und Körper, Herz und Charakter zu bilden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind Kernaufgaben der Lehrkräfte. Ich bin froh, dass das die Kernaufgaben von Lehrkräften sind. Ich sage das an dieser Stelle als Lehrerin.

Mit dem vorliegenden Antrag wird das Problem der Gewalt an Schulen inhaltlich und fachlich überhaupt nicht adäquat angegangen. Deswegen, wie gesagt, lehnen wir diesen Antrag entschieden ab.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD-Fraktion setzen uns für eine seriöse, fachlich fundierte Bildungspolitik ein, wir setzen uns für gute Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler ein, und wir setzen uns für eine gute Lernumgebung für die Schülerinnen und Schüler und für eine gute Arbeitsumgebung für die Lehrkräfte ein.

Das Startchancen-Programm, das die SPD-geführte Bundesregierung im Jahr 2024 auf den Weg gebracht hat, ist ein elementarer Meilenstein dafür, in Deutschland und eben auch in Bayern die Schulen zu unterstützen, die sich in herausfordernden Lagen befinden. Mit genau diesen Geldern aus dem Startchancen-Programm ist es den Schulen möglich, selbstbestimmt Personal einzustellen, selbstbestimmt passgenaue Angebote für die jeweilige Situation an der Schule und für die Schülerinnen und Schüler und für die Lehrkräfte zu schaffen. Das ist eine Leistung des Bundes.

Das müssen wir jetzt in Bayern mit der Staatsregierung zügig umsetzen, damit im nächsten Schwung nicht nur 100, sondern 580 Schulen davon profitieren können. Das ist seriöse Bildungspolitik, die etwas bewirkt, dieser Antrag eben nicht.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Bäuml. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich gebe nun die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu den Dringlichkeitsanträgen zu den Konsequenzen aus Aschaffenburg bekannt. Da ist zunächst der Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Umfassende Aufklärung der Tat in Aschaffenburg und Konsequenzen für die Sicherheitspolitik", Drucksache 19/4724. Mit Ja haben 29, mit Nein 133 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sicherheit für Bayerns Bevölkerung" bekannt, Drucksache 19/4725. Mit Ja haben 41, mit Nein 119 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Nun komme ich zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Bayern trauert um ein kleines Kind und einen mutigen Helfer – Aufklärung und Konsequenzen aus der furchtbaren Gewalttat in Aschaffenburg, kein Zusammenwirken mit Rechtsextremen!", Drucksache 19/4726. Mit Ja haben 16, mit Nein 117 Abgeordnete gestimmt. Es gab 25 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER betreffend "Zeitenwende in der Inneren Sicherheit", Drucksache 19/4727, bekannt. Mit Ja haben 90, mit Nein 46 Abgeordnete

gestimmt. Es gab 24 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Wie bereits in der Sitzung bekannt gegeben, entfällt der Tagesordnungspunkt 8.